



Russlands neuer Präsident

Inhalt

SEITE 3	ANDREAS SCHOCKENHOFF Wir wollen eine an Werten orientierte strategische Partnerschaft
SEITE 5	ALEXANDER RAHR Wohin steuert Russland?
SEITE 7	Die nationale Strategie 2020: Dimitri Medwedews Regierungsprogramm
SEITE 10	RALF WELT UND PHILIP HIERSEMENZEL Die deutsche „Informationselite“ wünscht sich eine umfassendere Russlandberichterstattung
SEITE 12	Über dimap communications



Wir wollen eine an Werten orientierte strategische Partnerschaft

Von Dr. Andreas Schockenhoff, MdB

- ● Die Entwicklung Russlands nach dem Amtsantritt von Präsident Dmitri Medwedew und dem Wechsel von Wladimir Putin auf den Posten des russischen Ministerpräsidenten findet in Deutschland ein ganz besonderes Interesse. Denn Russland ist auf Grund seiner Lage und Größe, seines politischen und militärischen Gewichts, seines Energiereichtums und seines wirtschaftlichen Potenzials für uns Europäer von strategischer Bedeutung. Eine stabile und prosperierende Entwicklung Europas wird nur mit und nicht gegen Russland zu erreichen sein.

Wir haben das Interesse an einem politisch und wirtschaftlich modernen und starken Russland, mit dem die Beziehungen zu einer auf den universellen Werten basierenden strategischen Partnerschaft weiterentwickelt werden.

Medwedew wie Putin haben weitreichende Ziele für die Modernisierung ihres Landes gesteckt. Um diese Ziele zu erreichen, wird es auf eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen beiden und eine starke Kontrolle der Apparate ankommen. Je reibungsloser die Zusammenarbeit in dieser für Russland neuen Doppelspitze läuft, desto besser sind die Möglichkeiten für eine Vertiefung der deutsch-russischen und europäisch-russischen Beziehungen.

In diesen Tagen warten nicht nur wir Deutschen, sondern auch die Menschen in Russland selbst gespannt auf Antworten auf die Frage, welche Veränderungen mit dem politischen Wechsel bei unserem größten östlichen Nachbarn einhergehen.

Der Grund für unser Interesse an einem politisch und wirtschaftlich modernen Russland ist klar: wir leben

in einem breiten Feld gegenseitiger Abhängigkeiten – im Energiebereich, in der wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit, bei internationalen Konflikten, bei der Bekämpfung der Proliferation und bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen wie dem international agierender Terrorismus oder dem Klimawandel. All das spricht dafür, dass wir im 21. Jahrhundert noch enger als bisher auf einander angewiesen sind.

Auch künftig wird es mit Russland Interessenkonflikte geben. Die Zusammenarbeit wird jedoch umso intensiver sein, je mehr diese Interessenkonflikte im vernünftigen Dialog und im Sinne der Vertrauensbildung ausgetragen werden anstatt durch Konfrontation oder gar mit Drohungen.

Die Partnerschaft zwischen Deutschland und Russland beziehungsweise zwischen der EU und Russland wird umso erfolgreicher sein, je mehr Russland die EU als eine Solidargemeinschaft versteht. Dies gilt für internen Beziehungen zwischen den EU-Staaten, aber erst recht bei allen Herausforderungen von außen, denen sich ein oder mehrere EU-Partner gegenübersehen. Ein Versuch, einzelne EU-Partner anders zu behandeln als die anderen, ist deshalb für eine engere Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Staaten nicht förderlich.

Nicht zuletzt: Wir haben ein Interesse an einer Partnerschaft, die auf den universellen Werten basiert, zu denen wir uns gemeinsam mit unserer Europarats-Mitgliedschaft verpflichtet haben. Dabei geht es nicht um ein Wohlgefallen Russlands gegenüber Deutschland oder der EU: wenn Russland den Wandel zu einem modernen, wettbewerbsfähigen Staat vollziehen will, dann muss es das Potenzial der Fähigkeiten seiner Bürger besser nutzen und ihnen dafür Freiräume schaffen.

Insbesondere braucht es die Unterstützung der liberalen Eliten und der Menschen aus der wachsenden Mittelschicht. Ohne eine starke und unabhängige Zivilgesellschaft, ohne eine kritische Öffentlichkeit und ohne unabhängige Medien kann es keine Modernisierung geben.

All das hat Medwedjew auch in seinen programmatischen Reden zum Ausdruck gebracht. Er sprach von der Notwendigkeit eines gerechten Staates und der Entwicklung einer starken Zivilgesellschaft. Er sagte, dass ohne freie Information ein blühendes Gemeinwesen nicht denkbar sei, und das dafür unabhängige und freie Medien unabdingbar seien. Eigentum sei ein schützenswerter Wert an sich, der Staat solle hier vorangehen. Bis 2020 müsse der überwiegende Teil der

Auch künftig wird es Interessenkonflikte geben. Die Zusammenarbeit wird jedoch umso intensiver sein, je mehr diese Konflikte im vernünftigen Dialog ausgetragen werden anstatt durch Konfrontation.

Andreas Schockenhoff

Gesellschaft aus der Mittelschicht bestehen, die – so wörtlich – mit ihrem individuellen Streben nach Bildung, Besitz und persönlichem Glück das moderne Russland ausmache.

All dies sind große Ziele. Es wird äußerster Entschlossenheit bedürfen, um dieser Vision vom modernen Russland auf den Fluren des Kremls, in den Behörden und in den rauen Weiten Russlands Geltung zu verschaffen. Wir sollten dieses Vorhaben nicht nur mit kritischer Empathie begleiten, sondern unterstützen, wo immer es uns möglich ist.

Unterstützung heißt aber auch, dass wir Präsident Medwedew und seine wiederholte Betonung von Rechtsstaatlichkeit, einer starken Zivilgesellschaft, von unabhängigen und freien Medien beim Wort nehmen und entsprechende Taten erwarten.

Dass Russland und Deutschland in einem gemeinsamen Europa leben, ist mehr als Geografie. Es ist ein gemeinsamer Wert. Wir haben eine gemeinsame Tradition in Geschichte, Kultur und Geistesgeschichte. Im Verhältnis zwischen der EU und Russland können wir von einer gemeinsamen Identität sprechen. Diese Bindungen sind ein lebendiges Zeugnis dafür, dass eine wertebasierete strategische Partnerschaft möglich ist.

Allerdings sollten wir immer klar im Auge behalten, dass Russland keine demokratische Tradition hat. Erst mit „Glasnost“ und „Perestroika“ begann Russland vor rund 20 Jahren seinen Weg in die Demokratie. Es ist ein langer und steiniger Weg, auf dem es Rückschläge gibt und für den wir viel Geduld brauchen.

So wichtig die Anerkennung wichtiger legitimer Interessen ist: Die Reduktion unserer Beziehungen auf reine Interessensgebiete wäre deshalb der falsche Weg. Denn dann würden wir nicht die Chancen nutzen, die das große Potenzial der geistigen und kulturellen Verwandtschaft unserer Länder für eine gemeinsame Zukunft bietet.

DR. ANDREAS SCHOCKENHOFF, MdB, ist stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Koordinator für die deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit.



Wohin steuert Russland?

Von Alexander Rahr

- ● Am 7. Mai wechselt das Zepter – der Atomkoffer mit den geheimen Codes zum Abschuss der russischen Atomwaffen – seinen Besitzer. Wladimir Putin geht, Dimitri Medwedew kommt und wird der neue Chef der Energiegroßmacht. Im Vorfeld des Machtwechsels hat sich plötzlich der Wind gedreht. Die konfrontative Rhetorik der letzten Monate, die an den Kalten Krieg erinnerte, ist einem milderen Umgangston gewichen.

Zwar droht der russische Generalstabschef immer noch mit der Erstschlagskraft russischer Atomraketen, die russische Marine führt Kriegsmanöver im Atlantik durch und Russland könnte gewillt sein, Abchasien und Südossetien doch noch als eigenständige Staaten anerkennen, doch in Wirklichkeit scheinen Russland und der Westen wieder aufeinander zuzuge-

hen. Beide Seiten hoffen, den Machtwechsel im Kreml für eine Neuauflage der strategischen Partnerschaft zu nutzen.

Was ist geschehen? Aus dem Munde des Kronprinzen vernimmt man Töne, die wie Musik in den Ohren des Westens klingen. Medwedew will sein Land schneller in die WTO integrieren, den Pluralismus in der russischen Politik und in den Medien fördern, den Zentralstaat teilweise wieder abbauen und ausländische Investorenrechte stärker schützen. Klingt da nicht schon vorsichtige Kritik am System Putin an?

Medwedew war die letzten Jahre in der Regierung für den Aufbau eines Sozialstaates in Russland verantwortlich. Man nimmt ihm ab, dass ihm die sozialwirtschaftliche Entwicklung Russlands am Herzen liegt

und nicht das Wettrüsten. Er könnte die künftige Außenpolitik auch als Mittel für die soziale Modernisierung Russlands einsetzen. Dafür benötigt er Kooperation mit dem Westen.

Erinnerungen werden wach an die außenpolitische Rede Medwedews vor genau einem Jahr beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos. Dort plädierte der Kronprinz für ein weltoffeneres Russland. Heute rühren die ehemaligen Liberalreformer der Jelzin Ära, Anatoli Tschubais, Jegor Gaidar sowie der als Reformler angesehene Finanzminister Aleksei Kudrin fleißig für Medwedew und seine künftige liberale Politik die Werbetrommel. Die liberalen Kräfte, von Putin abgedrängt, wittern wieder Morgenluft. Wie so oft in der Vergangenheit, könnte einer Eiszeit in den Beziehungen zum Westen eine Tauwetterperiode folgen.

Man nimmt Medwedew ab, dass ihm die sozialwirtschaftliche Entwicklung Russlands am Herzen liegt und nicht das Wettrüsten.

Alexander Rahr

Der Westen kommt Medwedew entgegen. In den USA hat die Kriegsrhetorik gegenüber dem Iran abgenommen, der Streit um die Raketenabwehr in Mitteleuropa verschwindet langsam von der politischen Tagesordnung, Polen will sein Veto innerhalb der EU gegenüber der Verlängerung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zurückziehen und mit Moskau wieder Handel treiben. Das Gerede von einer Energie-NATO zur Eindämmung Russlands ist vorerst Makulatur geworden.

Vielleicht ist das positive Stimmungsbild auch der Tatsache geschuldet, dass der Westen anerkennt, dass

Putin die Verfassung doch nicht gebrochen hat und sich seine Amtszeit nicht mit einem Federstrich verlängert hat, wie die anderen Autokraten im post-sowjetischen Raum. Doch die spannende Frage lautet: wird es überhaupt eine unabhängige Außenpolitik Medwedews geben, wenn Putin weiterhin als Regierungschef auf der politischen Bühne agiert? Entscheidend wird sein, ob Medwedew seinen Vertrauensmann an die Spitze des Außenministeriums platzieren kann. Nicht zu vergessen ist, dass Medwedew seit sechs Jahren Aufsichtsratsvorsitzender von Gasprom ist, also zu den Architekten der neuen russischen Energieaußenpolitik gehört, die der Westen mit so viel Argwohn betrachtet.

Kann sich Medwedew von seinem Ziehvater Putin emanzipieren? Noch sind die Töne in Russland zu unterschiedlich, um tatsächlich vom Beginn einer neuen Tauwetterperiode zu sprechen. Und wo haben sich die mächtigen nationalistischen Scharfmacher verschanzt, die nach der Rede Putins auf der Münchner Sicherheitskonferenz im vergangenen Februar die russische Außenpolitik auf Konfrontationskurs mit dem Westen zu bringen versuchten? Haben die Geheimdienste, von denen es hieß, dass sie Russland regieren, tatsächlich den Kürzeren gegenüber Medwedew gezogen?

Trotzdem ist Medwedew ein Hoffnungsschimmer. Der 42jährige gehört einer neuen Generation von Russen an, die keine Beziehungen zum Sowjetkommunismus haben, sich ein westliches, marktwirtschaftliches Know-How aneignen konnten und gegenüber dem Westen völlig unbelastet ist.

ALEXANDER RAHR ist Leiter des Russland/Eurasien-Programms an der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und Autor des Buches „Russland gibt Gas“.



Russlands neues Tandem: Dimitri Medwedew und Wladimir Putin, bei der Wahlparty nach den Präsidentschaftswahlen im März



Die nationale Strategie 2020: Dimitri Medwedews Regierungsprogramm

- ● Wer ist Dimitri Medwedew? Seit der Wahl Wladimir Putins ins Amt des russischen Präsidenten im Jahr 2000 gestaltete der Jurist die Moskauer Politik mit – erst als Leiter der Präsidentialadministration, dann als Erster Vize-Premierminister. Und dennoch (oder gerade deswegen) fiel und fällt es vielen Beobachtern schwer, den „Neuen“ im Kreml einzuordnen. Wird Medwedew eine eigenständige Politik entwickeln oder doch nur eine „Marionette“ Wladimir Putins sein?

Klar ist: es wird eine deutliche Konstante zwischen Dimitri Medwedew und seinem Vorgänger im Kreml geben. Medwedew selber sieht sich in einer Kontinuitätslinie mit Wladimir Putin und betonte, dass „alles, was in den vergangenen acht Jahren durchgesetzt wurde, den langfristigen Erfolg Russlands garantieren sollte.“

Aber Dimitri Medwedew wird auch starke eigene Akzente setzen. Von allen Präsidentschaftskandidaten hatte Medwedew das deutlichste sozialpolitische Profil. Als Vize-Premierminister war er für die Umsetzung der sogenannten „nationalen Projekte“ verantwortlich und damit für einen Großteil der Sozialpolitik der Russischen Föderation.

In einer Reihe von Grundsatzreden hat Dimitri Medwedew in den vergangenen Monaten die politischen Schwerpunkte seiner Amtszeit skizziert. Kernpunkt seines Regierungsprogramms ist die nationale Strategie 2020, die eine Reihe von ehrgeizigen Zielen für die wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung Russlands in den kommenden zwölf Jahre setzt. Im Mittelpunkt dieser Strategie steht eine

Wirtschaftspolitik, die Russland bis 2020 in die Top 5 der größten Volkswirtschaften bringen soll.

Wirtschaftspolitik

Diese nationale Strategie 2020 sieht drei zentrale Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik: die Diversifizierung der russischen Wirtschaft, den Aufbau einer modernen Logistik- und Telekommunikationsinfrastruktur und Investitionen in Humankapital.

Die russische Wirtschaft ist heute immer noch durch die Förderung von Rohstoffen wie Öl und Gas geprägt. Andere Wirtschaftssektoren wie der Flugzeug- und Schiffsbau und die Rohstoffverarbeitung sind unterentwickelt und sollen grundlegend modernisiert werden. Auch der Finanz- und der Telekommunikationssektor sollen deutlich ausgebaut werden. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit konnten hier in den vergangenen Jahren bereits hohe Wachstumsraten verzeichnet werden. Erst kürzlich ist der russische Mobilfunkkonzern MTS als erstes russisches Unternehmen in die Liste der 100 wertvollsten Marken aufgestiegen, die die Unternehmensberatung Millward Brown jährlich publiziert.

In kapitalintensiven Branchen seien auch weiterhin Staatsunternehmen notwendig, wenn auch nur für eine begrenzte Zeit und unter Einbeziehung privater Investoren. Medwedew betonte jedoch in einer Rede vor russischen Industriellen, dass dies keine Rückkehr in den Staatskapitalismus sei. Im 21. Jahrhundert, so Medwedew, könne keine Form des Staatskapitalismus ein effizientes Management sicherstellen.

Der Aufbau einer modernen Infrastruktur ist ein weiterer Schwerpunkt von Medwedews Wirtschaftspolitik. Derzeit gibt es nicht genügend Energie für ein anhaltend starkes Wirtschaftswachstum und auch die Transportkosten sind überproportional hoch. Bis 2015 sollen deswegen 300 Mrd. US-Dollar öffentliches und privates Kapital in die Steigerung der Energieproduktion investiert werden. Auch die Straßen und Energienetze sollen modernisiert und ein umfangreiches Telekommunikationsnetz aufgebaut werden. Bis 2011 soll auch der nationale Strommarkt in Russland vollständig liberalisiert sein.

Ein Kernproblem der russischen Wirtschaft ist die geringe Produktivität und die mangelnde Innovationskraft. Steuerbegünstigungen, Technologieparks und nationale Großprojekte sollen Wissenschaft und Wirtschaft stärker vernetzen und dadurch auch die Produktivität der russischen Wirtschaft erhöhen. Bis 2020 soll die Produktivität um das vierfache höher liegen als heute.

Alle ökonomischen Aktivitäten des Staates sollten darauf ausgerichtet sein, das kreative Potential freier und mündiger Bürger freizusetzen.

Dimitri Medwedew auf dem Allrussischen Forum der Zivilgesellschaft 2008

Das weitere Wachstum der russischen Wirtschaft soll sich aus Innovationen speisen, nicht aus staatlich gelenkter Wirtschaftspolitik: „Die neue Wirtschaft verlangt (...) Anreize für Innovationen, nicht Anweisungen von oben. Die neue Wirtschaft muss auf privater Initiative aufbauen und auf der Motivation, neue Technologien zu entwickeln und zu verbreiten.“

Russische Investments in ausländische Firmen und ausländische Investments in Russland sollen die Technologielücke zwischen Russland und dem Westen schließen helfen. Auch der Export russischer Güter soll unterstützt werden: „Die Wirtschaft kann zuverlässig sein“, so Dimitri Medwedew bei einem Treffen mit russischen Wirtschaftslenkern, „dass sie immer die volle Rückendeckung des Staates auf dem Weltmarkt haben.“

Rechtssystem

Es verwundert nicht, dass der gelernte Jurist Dimitri Medwedew dem russischen Rechtssystem eine hohe Priorität beimisst. In verschiedenen Reden beklagte er die „schlechte Qualität“ vieler russischer Gesetze und die unzulängliche Umsetzung sowie den „Rechtsnihilismus“ in Russland.

Eine der wichtigsten Aufgaben der neuen russischen Regierung ist der Kampf gegen die Korruption. Schärfere Gesetze und eine Stärkung der Unabhängigkeit der Gerichte sollen Korruption verhindern. Allerdings müsse jedoch auch das Rechtsbewusstsein der Bürger geändert werden. Vielfach fehle einfach ein Unrechtsbewusstsein bei russischen Bürgern wie innerhalb der Verwaltung und von Unternehmen.

Die nationale Strategie 2020 sieht auch eine umfangreiche Verwaltungsmodernisierung nach westlichem Vorbild vor. Dazu gehört die Verringerung der Zahl der Beamten (heute arbeite 25 Millionen Menschen im Staatsdienst), eine leistungsorientierte Bezahlung und umfangreiche Rechenschaftspflichten. Vereinfachte Verwaltungsvorgänge sollen die Gründung von Firmen erleichtern. Die Verwaltungsreform soll auch die Transparenz der Verwaltung erhöhen und so Korruption verhindern.

Demokratie

Demokratie müsse ohne Adjektive auskommen, betonte Medwedew bei verschiedenen Gelegenheiten. In einem Interview mit der *Financial Times* sagte er in Anspielung auf die „gelenkte“ oder „souveräne“ Demokratie in Russland: „Ich war und bin überzeugt, dass Demokratie als Wert und als Regierungsform einen universellen Charakter hat und keine zusätzlichen Attribute benötigt.“

Das russische Parteiensystem weise aber noch erhebliche Defizite auf. Erst langsam entwickelten sich Parteien zu echten politischen Kräften, die auch auch

Wir sind uns absolut bewusst, dass kein undemokratisches Land jemals wirklich wohlhabend geworden ist.

Dimitri Medwedew auf dem World Economic Forum 2007

Verantwortung gegenüber ihren Wählern übernehmen, sagte Medwedew auf einer Konferenz russischer Nichtregierungsorganisationen.

Wladimir Putin skizzierte im Februar diesen Jahres, wie das zukünftige politische System Russlands aussehen solle. Demnach bestünde das System im Kern aus einer Reihe großer Parteien, die miteinander um Wählerstimmen konkurrieren und in einem direkten Dialog mit den Wählern stehen. Andererseits sollen Demagogen und Splitterparteien, die lediglich den ökonomischen Interessen Einzelner dienen, vom Parteienwettbewerb weitgehend ausgeschlossen werden.

Auch den Medien misst Medwedew eine hohe Bedeutung bei. Sie seien die Verbindung zwischen Staat und Gesellschaft seien und eine Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung Russlands, weil „eine moderne und wohlhabende Nation nur auf der Basis eines freien Informationsflusses existieren kann.“

Außenpolitik

Außenpolitisch ist Dimitri Medwedew – sieht man von seltenen internationalen Auftritten wie beim Weltwirtschaftsforum 2007 ab – bislang wenig in Erscheinung getreten. Im Ton ist Medwedew bislang konzilianter als sein Vorgänger, in der Sache bleibt er jedoch hart. Russland werde sich als „unabhängiges Land“ und gemäß der Regeln der internationalen Beziehungen in der internationalen Gemeinschaft positionieren. Auch der Dialog mit „sogenannten Problemstaaten“ werde fortgesetzt, so Medwedew im Januar diesen Jahres.

Die Beziehungen zur NATO, deren Erweiterungspolitik als Bedrohung der russischen Sicherheitspolitik gesehen wird, werden schwierig bleiben, auch wenn Medwedew betont, er sehe keine fundamentalen Probleme im Verhältnis Russlands zu anderen Allianzen. Die Russische Föderation setzt bei der Lösung internationaler Probleme allerdings auf eine stärkere Einbeziehung der Vereinten Nationen.

Sozialpolitik

Als Vize-Premierminister war Dimitri Medwedew für die landesweiten Sozialprogramme der russischen Regierung, die sogenannten „Nationalen Projekte“ verantwortlich. Auch in den jüngsten Reden des neuen Präsidenten spielt die Stärkung der entstehenden russischen Mittelschicht eine wichtige Rolle.

Statt eines egalitären Ansatzes sollen Exzellenzinitiativen und individuelle Förderungen das Leitmotiv der Sozialpolitik sein. Die Kernbereiche der Sozialpolitik – Bildung und Weiterbildung, Gesundheitspolitik und Wohnungspolitik – sollen auch durch private Investitionen und steuerliche Anreize gestärkt werden: „Wir hoffen“, so Medwedew auf dem Davoser Weltwirtschaftsforum 2007, „dass der Einzelne sich von einem Investitionsobjekt zu einem unabhängigen und aktiven Akteur in der Wirtschaft und in der Gesellschaft entwickelt.“

Bis 2020 soll die durchschnittliche Lebenserwartung der Russen auf 75 Jahre steigen und eine breite Mittelklasse, bestehend aus 60 bis 70 Prozent aller russischen Bürger, entstanden sein. Erfolgreiche Projekte, wie die Verbindung aller russischen Schulen mit dem Internet und die Einführung eines Mutterschaftsgeldes ab dem zweiten Kind sollen weitergeführt werden.



Die deutsche „Informationselite“ wünscht sich eine umfassendere Russlandberichterstattung

Von Ralf Welt und Philip Hiersemenzel

- ● Auf den ersten Blick kann man sich hierzulande über mangelnde Russland-Berichterstattung eigentlich nicht beschweren. In Büchern, Artikeln sowie TV- und Radiobeiträgen wird wortreich der (Wieder-) Aufstieg Russlands zur Energie-Supermacht vermeldet. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht gleich mehrere Artikel in der überregionalen Presse die Nachfolge Putins, zunehmenden Autoritarismus, Streit mit Amerika und der EU um Raketen oder Fleischimporte oder Rangeleien Russlands mit kleinen oder großen Nachbarn ausführlich beleuchten und auch beklagen.

Und dennoch sieht gerade die Gruppe derjenigen, die die Berichterstattung besonders aufmerksam verfolgt, ein Informationsdefizit, wie eine von dimap communications durchgeführte repräsentative Zielgruppenbefragung unter der deutschen „Informationselite“

zeigt. Denn lediglich 37 Prozent der Befragten reicht das bestehende Informationsangebot aus.

Wohlgermerkt: bemängelt wird nicht der Umfang oder die Qualität der Russlandberichterstattung, sondern vielmehr der insgesamt zu kleine Ausschnitt, der immer wieder beleuchtet wird. Sich selbst hält die „Informationselite“ zwar mehrheitlich (54 Prozent) für „ausgewogen informiert“ (Nein: 41 Prozent), aber gleichzeitig wünschen sich 59 Prozent „vielfältigere Informationen“. Ganz oben auf der Wunschliste steht dabei mehr Berichterstattung über den Alltag in Russland (71 Prozent) und die Situation der Menschenrechte (69 Prozent). Mit etwas Abstand folgen die Themenwünsche „Land und Leute“ und „Rechtstaatlichkeit“ (je 58 Prozent), „Wirtschaft“ (57 Prozent) und „Pressefreiheit“ (55 Prozent).

Auffällig ist die hohe Bedeutung, die elektronische Medien auch in der Informationsbeschaffung der bestinformierten Deutschen spielen. So ist das öffentlich-rechtliche Fernsehen mit über drei Vierteln (76 Prozent) die am Häufigsten genannte Informationsquelle, gefolgt von Tageszeitungen (66 Prozent).

52 Prozent nutzen das Internet, um sich über Russland zu informieren. Zeitschriften oder Magazine sind nur für eine Minderheit (46 Prozent) maßgeblich.

Skepsis und große Erwartungen

In ihrer Einschätzung der Entwicklung Russlands ist die „Informationselite“ gespalten. Nur 16 Prozent meinen, Russland „bewege sich in die richtige Richtung“, während 33 Prozent dem Land „Stagnation“ bescheinigen und 47 Prozent finden, Russland sei „schon mal weiter als heute“ gewesen. Russlands Einfluss auf die Weltpolitik finden sogar nur 14 Prozent „eher positiv“, 41 Prozent dagegen „eher negativ“ („beides gleichermaßen“: 40 Prozent“).

Doch solche Werte sind eher kurzfristige Wasserstandsmeldungen. Erfahrungsgemäß können schon geringe politische Veränderungen hier das Bild verhältnismäßig schnell „drehen“. Wichtiger sind die „nachhaltiger“ angelegten, aber etwas verklausulierter formulierten Fragen nach Russlands Verhältnis zum Westen und zur EU. Sie zeigen einerseits eine tiefsitzende, grundlegende Skepsis gegenüber Russland, andererseits aber auch ein großes Potential, das gerade die „Informationselite“ Russland zubilligt.

So glauben 65 Prozent, Russland habe „Traditionen, die von den EU-europäischen stark abweichen“ (Nein: 23 Prozent) und immerhin 52 Prozent, dass „Russland einen dauerhaften Entwicklungsrückstand zur EU haben“ wird. Doch gleichzeitig bescheinigen 64 Prozent Russland, das Land wolle „eine intensive Partnerschaft mit Deutschland“ (Nein: 23 Prozent).

Wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch sind die Erwartungen der „Informationselite“ besonders groß. So bescheinigen 92 Prozent Russland unumwunden „großes wirtschaftliches Potential“ (Nein: 8 Prozent) und gar 96 Prozent sind überzeugt, dass das Land „wirtschaftlichen Fortschritt will“ (Nein: 4 Prozent). Immerhin 52 Prozent finden, Russland habe „moderne Unternehmer“ (33 Prozent bezweifeln das). Die in den Medien oft im gleichen Atemzug mit beeindruckenden Wachstumsraten zu findenden Einschränkungen und Skepsis (Stichwort „Abhängigkeit von Rohstoffpreisen“) beeinflusst die Einschätzung der „Informationselite“ also kaum.

„Zukunftsgeneration“ ist weniger informiert

Ein im Großen oder Ganzen ähnliches Bild, aber auch einige signifikante Abweichungen zeigt eine von dimap communications parallel durchgeführten Zielgruppenbefragung der „Zukunftsgeneration“. Dass die 18-35-Jährigen an erster Stelle das Internet (65 Prozent) und erst dann das öffentlich-rechtliche Fernsehen (58 Prozent) und Tageszeitungen (56 Prozent) zur Informationsbeschaffung über Russland nutzen, überrascht wohl kaum. Dagegen fällt ins Auge, dass die „Zukunftsgeneration“ mit der Berichterstattung insgesamt unzufriedener ist als die „Informationselite“.

So geben 48 Prozent an, sie seien „nicht ausgewogen über Russland informiert“. Zufrieden sind 38 Prozent. Vor allem aber gibt fast jeder Sechste (14 Prozent) unumwunden zu, Russland interessiere ihn nicht – unter der „Informationselite“ war dies nicht mal jeder 20. (4 Prozent). Folglich können auch 15 Prozent nicht beantworten, ob sie vielfältigere Informationen über Russland wünschen – insgesamt fordern dies 48 Prozent (Nein: 37 Prozent). Besonders ausgeprägt ist dabei der Wunsch nach mehr Information über den „Alltag in Russland“, der mit 75 Prozent klar vor „Land und Leute“ (64 Prozent), „Pressefreiheit“ und Menschenrechte (je 63 Prozent) rangiert.

Auch wenn das gerade im Vergleich zur „Informationselite“ nicht wirklich überraschen mag, fällt der hohe Anteil 18-35-Jährigen, die angeben, die Entwicklung Russlands nicht beurteilen zu können, ins Auge. Bei Themen wie „Bürgergesellschaft“ oder „Gesundheit/Soziales“ ist fast jedes vierte Mitglied der „Zukunftsgeneration“ ratlos, während unter der „Informationselite“ nur jeder 10. keine Antwort weiß. Besonders deutlich ist diese Diskrepanz aber bei der „harten Themen“ wie „Innenpolitik“ („Zukunftsgeneration“: 19 Prozent; „Informationselite“: 8 Prozent), „Außenpolitik“ (12 Prozent / 2 Prozent), „Energiepolitik“ (13 Prozent / 4 Prozent) oder „Wirtschaft“ (10 Prozent / 2 Prozent).

Für die Panel-Umfrage wurden im Zeitraum vom 26. März bis zum 1. April 2008 insgesamt 250 Freiberufler, Selbstständige, leitende Angestellte oder Beamte mit Hochschulbildung und einem Haushaltsnettoeinkommen von mindestens €3.000 pro Monat online befragt (alle drei Bedingungen müssen erfüllt sein). Zeitgleich wurden 250 18-35-Jährige befragt. Die Umfragen wurde in Zusammenarbeit mit Ears and Eyes durchgeführt.

RALF WELT ist geschäftsführender Gesellschafter von dimap communications.

PHILIP HIERSEMENZEL ist Seniorberater (HV) bei dimap communications.

Über dimap communications

- ● dimap communications GmbH (dicomm) ist die auf Unternehmens- und Verbandsberatung spezialisierte Kommunikationsagentur innerhalb der dimap-Gruppe. Die 2002 gegründete Agentur wird geleitet von Ralf Welt, früherer Kommunikationsdirektor von Procter & Gamble in Deutschland, Österreich und der Schweiz und langjähriger Vorsitzender des politischen Ausschusses der „American Chamber of Commerce in Germany“.

Den Ursprung der dimap-Gruppe bildet Das Institut für Markt- und Politikforschung (dimap), das 1995 in Bonn gegründet wurde und heute zu den führenden Meinungsforschungsinstituten in Deutschland gehört. Seit 1996 ist Infratest dimap, ein Zusammenschluss von TNS Infratest und dimap, mit der exklusiven Wahlberichterstattung der ARD auf Landes-, Bundes- und Europaebene beauftragt. Im Jahr 2000 wurde die auf Politikberatung spezialisierte Agentur dimap consult, Ende 2005 das Centrum für politische Studien (cps) gegründet. Zu den Mandanten der dimap-Gruppe gehören mittelständische Firmen ebenso wie internationale, börsennotierte Unternehmen, Verbände und politische Institutionen auf Landes- und Bundesebene. Mit knapp 50 Mitarbeitern, Beratern und Partnern ist die dimap-Gruppe mit Büros in Berlin, Bonn, Hamburg und München vertreten.

Die dimap-Gruppe und dimap communications sind außerdem exklusive Kooperationspartner des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), dem größten Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland, und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), dem führenden unabhängigen deutschen Politikberatungsinstitut im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik.

Kontakt

Ralf Welt, M.A., Geschäftsführender Gesellschafter
dimap communications GmbH

Tel.: +49 (30) 59 00 01 10

Mail: r.welt@dimap-communications.de

Herausgeber

dimap communications (dicomm)
Beratungsgesellschaft für
Kommunikation und Politik mbH

Ermerlerhaus
Märkisches Ufer 10
10179 Berlin

Tel.: +49 (30) 59 00 01 10

Fax: +49 (30) 59 00 01 20

www.dimap-communications.de

Redaktion und Gestaltung

Daniel Florian, Juri Galperin

Bildnachweise

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik,
RIA Novosti, Andreas Schockenhoff

Berlin, Mai 2008